

## FORMBLATT Sonstige Vorhaben

Stellungnahme des Trägers öffentlicher Belange

Name/Stelle des Trägers öffentlicher Belange	<b>Landesamt für Umwelt - Abteilung Technischer Umweltschutz 1 und 2</b>
Belang	<b>Immissionsschutz</b>
Vorhaben	<b>Änderung des Flächennutzungsplans Bereich "Sondergebiet Photovoltaikanlage (PV) beiderseits der Kreisstraße 6949" Gemeinde Kloster Lehnin</b>
Ansprechpartner*In: Referat: Telefon: E-Mail: Aktenzeichen: (intern)	Maik Gruber T21 03391 838 537 TOEB@LfU.Brandenburg.de Stn. N035/23 T26

*Bitte zutreffendes ankreuzen ☒ und ausfüllen.*

Keine Betroffenheit durch die vorgesehene Planung	<input type="checkbox"/>
---	--------------------------

<b>Fachliche Stellungnahme</b>
<b>1. Benennen und Kurzbeschreibung des Vorhabens</b>  Im Zuge des B-Plan <sup>1</sup> -Verfahrens „Sondergebiet Photovoltaikanlage beiderseits der K6949“ ist die Anpassung des rechtskräftigen FNP <sup>2</sup> der Gemeinde Kloster Lehnin erforderlich. Die Änderung betrifft dabei Flächen westlich des OT <sup>3</sup> Rietz, welche bisher überwiegend landwirtschaftlich genutzt wurden. Der Änderungsbereich wird durch die Kreisstraße K6949 vollständig durchschnitten und in einen 21 ha und einen 51 ha großen Bereich geteilt.
<b>2. Fachstellungnahme mit Benennung der gesetzlichen Grundlage (Begründung)</b>  <u>Rechtsgrundlage</u> Gemäß § 50 Satz 1 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) <sup>4</sup> sind bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen die für eine bestimmte Nutzung vorgesehenen Flächen einander so zuzuordnen, dass schädliche Umwelteinwirkungen so weit wie möglich vermieden werden. Mögliche schädliche Umwelteinwirkungen im Sinne des BImSchG können Lärm, Staub, Gerüche, Luftschadstoffe, elektromagnetische Felder, Licht, Erschütterungen etc. darstellen. Hinsichtlich des

<sup>1</sup> B-Plan = Bebauungsplan

<sup>2</sup> FNP = Flächennutzungsplan

<sup>3</sup> OT = Ortsteil

<sup>4</sup> Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz – BImSchG) vom 15.03.1974, Neugefasst durch Bek. v. 17.5.2013 I

Lärms maßgeblich sind die Orientierungswerte des Beiblatts 1 der DIN 18005, Teil 1, bei einwirkendem Anlagenlärm die Richtwerte der Nr. 6.1 der TA Lärm<sup>5</sup>. Bei der Errichtung baulicher Anlagen entstehender Lärm ist entsprechend der Vorgaben der AVV Baulärm<sup>6</sup> zu beurteilen, die Bewertung von Staubbeeinträchtigungen, Gerüchen und einwirkenden Luftschadstoffen erfolgt anhand der TA Luft<sup>7</sup>. Mögliche Beeinträchtigungen durch Lichtimmissionen werden anhand der Lichtleitlinie<sup>8</sup>, Erschütterungen anhand der Erschütterungs-Leitlinie<sup>9</sup> ermittelt. Hinsichtlich der elektromagnetischen Felder und deren Störwirkung liegt die Zuständigkeit beim Landesamt für Arbeitsschutz, Verbraucherschutz und Gesundheit (LAVG).

#### Planumfeld

Die Änderungsfläche wird derzeit landwirtschaftlich genutzt und ist im aktuellen FNP entsprechend als Fläche für die Landwirtschaft gekennzeichnet. Das Umfeld des Änderungsbereichs lässt sich wie folgt beschreiben: im Norden und Osten schließen sich Flächen für die Landwirtschaft an, im Südosten Waldflächen, eine kleine gewerbliche Baufläche sowie eine Sonderbaufläche mit der Zweckbestimmung Tierhaltung. Im Süden schließen Waldflächen und Flächen für die Landwirtschaft an, im Westen Waldflächen und gewerbliche Bauflächen.

Der Planungsgrundsatz des § 50 BImSchG wird durch die geplante Änderung erfüllt.

#### Schutzanspruch

Da innerhalb der Änderungsfläche keine Immissionsorte im Sinne des BImSchG liegen und auch im Rahmen der angedachten Planung errichtet werden sollen, entfällt ein Schutzanspruch in Bezug auf die Belange des Immissionsschutzes.

#### Immissionssituation

Vom Änderungsbereich können grundsätzlich Emissionen in Form von Licht (Blendung) und Lärm ausgehen. In den nachfolgenden Verfahren der Bauleitplanung sind vertiefende Aussagen zur möglichen Blendwirkung auf die Nutzer der K6949 sowie der an den Änderungsbereich südöstlich angrenzenden gewerblichen Nutzung erforderlich. Hinsichtlich möglicher Lärmemissionen durch die geplante Photovoltaikanlage sind diesbezügliche verifizierbare Angaben wohl erst im Rahmen der Baugenehmigung zu erbringen. Da aber erkennbar ist, dass am geplanten Standort die angedachte Änderung des FNP möglich ist, kann in dieser Planungsphase dem Vorhaben zugestimmt werden. In einem zu beachtenden Abstand zur Erweiterungsfläche befinden sich keine mir bekannten Anlagen, welche den Anforderungen der 12. BImSchV<sup>10</sup> unterliegen.

---

<sup>5</sup> Sechste Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Bundes-Immissionsschutzgesetz (Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm – TA Lärm) vom 26. August 1998 (GMBI Nr. 26/1998 S. 503), zuletzt geändert durch Verwaltungsvorschrift vom 01.06.2017 (BAnz AT 08.06.2017 B5)

<sup>6</sup> Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Schutz gegen Baulärm – Geräuschimmissionen – vom 19. August 1970 (Beilage zum BAnz Nr. 160 vom 1. September 1970)

<sup>7</sup> Erste Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Bundes-Immissionsschutzgesetz (Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft – TA Luft) Vom 24. Juli 2002, GMBI. 2002, Heft 25 – 29, S. 511 – 60, neu gefasst am 18.08.2021 (GMBI Nr. 48-54/2021 S. 1050ff)

<sup>8</sup> Leitlinie des Ministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg zur Messung und Beurteilung von Lichtimmissionen (Licht-Leitlinie) vom 16. April 2014, Amtsblatt 21\_14 (S. 691-704)

<sup>9</sup> Hinweise zur Messung, Beurteilung und Verminderung von Erschütterungsimmissionen der Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft für Immissionsschutz (LAI), Stand 06.03.2021

<sup>10</sup> Zwölfte Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Störfall-Verordnung - 12. BImSchV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. März 2017 (BGBl. I S. 483), zuletzt geändert durch Artikel 107 der Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1328)

**Fazit**

Ausgehend von Standortlage und Nutzungsbestand wird die vorgelegte Planung seitens des vorbeugenden Immissionsschutzes als realisierbar eingeschätzt. Immissionskonflikte sind nach jetzigem Kenntnisstand nicht zu erwarten. Somit kann dem Vorhaben hinsichtlich der hier zu vertretenden Belange des Immissionsschutzes zugestimmt werden.

Die vorliegende Stellungnahme verliert mit der wesentlichen Änderung der Beurteilungsgrundlagen ihre Gültigkeit. Das Ergebnis der Abwägung durch die Kommune ist entsprechend § 3 Abs. 2 Satz 4 BauGB mitzuteilen. Weiterhin wird um eine Anzeige zum Inkrafttreten des Planes bzw. die Erteilung der Genehmigung gebeten.

Maik Gruber

Dieses Dokument wurde am [wird automatisch eingefügt] elektronisch schlussgezeichnet und ist ohne Unterschrift gültig.